

Kämpfe gegen die Enteignung natürlicher Ressourcen – (k)ein feministisches Thema?

Löw, Christine

2019

<https://doi.org/10.25595/3645>

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Löw, Christine: *Kämpfe gegen die Enteignung natürlicher Ressourcen – (k)ein feministisches Thema?*, in: *Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*, Jg. 28 (2019) Nr. 2, 160–164. DOI: <https://doi.org/10.25595/3645>.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v28i2.17>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

GenderOpen – Repository für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

Kämpfe gegen die Enteignung natürlicher Ressourcen – (k)ein feministisches Thema?

CHRISTINE LÖW

Der Supreme Court Indiens hat am 13. Februar 2019 verfügt, Waldbewohner*innen auszuweisen bzw. umzusiedeln, deren Besitzansprüche auf Wälder nach dem „Scheduled Tribes and Other Traditional Forest Dwellers (Recognition of Forest Rights) Act“ (kurz FRA) von 2006 rechtlich nicht anerkannt wurden. Diese Vertreibungen von mehr als einer Million Menschen sollten innerhalb der nächsten vier Monate stattfinden. Nach Protesten von Waldbewegungen und zivilgesellschaftlichen Kräften wurde die Verfügung am 28. Februar 2019 ausgesetzt und eine Anhörung für den 24. Juli 2019 angeordnet.¹ Dies brachte zwar für die Betroffenen einen Aufschub, jedoch sei die Gefahr einer Zwangsräumung nicht gebannt (AIFFM 2019). Auf Großdemonstrationen wurde zur Verteidigung der Wälder, ihrer Bewohner*innen und des FRA aufgerufen (CSD 6.3.2019). Frauen der Adivasi² und weitere waldbhängige Frauen (Viehhirtinnen, Bäuerinnen) beteiligen sich an den Protesten. Sie kämpfen für demokratische Rechte, Würde und Freiheit für eine mit der Waldlandschaft verbundene Lebensweise. Zugleich muss ihr Widerstand auch als Nein gegen die patriarchale kolonial-rassistische³ Orientierung des indischen Staates, seiner Institutionen und hegemonialer Modelle ‚nationaler Entwicklung‘ verstanden werden.

Die lange Kontinuität der Wald-Kämpfe

Wald ist seit langem ein Politikum: Schon unter britischer Kolonialherrschaft (1850-1946) war Holzwirtschaft ein lukratives Geschäft. Die 1864 eingesetzten Forstbehörden priorisierten die Nutzung von Wald als Holzlieferant und missachteten die Land- bzw. Eigentumsrechte der überwiegend in Wäldern lebenden indigenen Gemeinschaften. Auch ihre Expertise in Bezug auf das komplexe Ökosystem Wald, dessen nachhaltige Nutzung und Bewahrung, die Erhaltung biologischer Vielfalt sowie die Verbindungen zu Bodenqualität, Wasserhaushalt und Klimaregulierung wurde nicht anerkannt. Vielmehr wurden Adivasis als Eindringlinge begriffen, die schädlich sind für Wald bzw. Waldschutz. Der indische *Forest Act* von 1878 legalisierte die einseitige Funktion von Waldbewahrung (conservation) für kommerzialisierten Holzschlag, die gleichbedeutend war mit der Enteignung von Waldbewohner*innen, indem existierende Gewohnheitsrechte, Normen sowie Praktiken hinsichtlich des Zugangs zu Wald und Ressourcen ignoriert wurden (Bose/Arts/van Dijk 2012). Auch der *Forest Conservation Act* (1980) reduziert Wald auf seinen wirtschaftlichen Nutzen und marginalisiert bzw. kriminalisiert die Nutzungsrechte von Waldbewohner*innen und ihr bewährtes Ressourcenmanagement. Bis heute dominiert ein enges Erhaltungskonzept, das die Aufzucht, Pflege und Bewahrung von Wäldern losgelöst von den in, von und mit ihnen lebenden

Bewohner*innen sieht, ein quasi ent-menschlichter Wald (AIFFM 22.2.2019). Dieser Vorstellung bedienen sich auch die gegenwärtig klagenden Conservation-NGOs, die behaupten, ein Mehr an Waldrechten führe zur Entwaldung und die Inhaber*innen von Rechten seien „Eindringlinge“. Hingegen verweisen feministische Forscherinnen wie Sagari Ramdas (2009) und Priyanka Bhalla (2016) darauf, dass die Beziehungen von Adivasifrauen zu Wäldern vielfältig sind: Sie nutzen sie für Wanderfeldbau, zum Weiden, zur Nahrungserzeugung, zum Sammeln wilder Früchte, von Gemüse, Wurzeln, medizinischen Kräutern, Brennholz und Baumaterial, zur Vorratshaltung von Samen, Beeren, Pilzen sowie für Feiern, Trauerzeremonien und andere rituelle Praktiken. Genau dieser Mix aus produktiven und reproduktiven Tätigkeiten wird ständig von staatlicher Seite (vor allen von Forstbehörden) unterminiert – und das seit der kolonialen Epoche bis zur heutigen Zeit neoliberaler Souveränität (Nandi/AIFFM 11.3.2019).

Vom FRA zu neuen Formen der Waldgovernance: mehr Geschlechtergerechtigkeit?

Angesichts der mehr als 150 Jahre währenden Kämpfe ist die Verabschiedung des FRA 2006 ein Meilenstein: Erstmals wird betont, dass Waldbewohner*innen historisches Unrecht durch die Enteignung von Wald und Ressourcen erfahren und ihre Eigentumsrechte wiederherzustellen seien. Daher können walddabhängige Personen sowohl individuelle als auch kollektive Eigentumsforderungen einreichen und basisdemokratischen Institutionen auf Dorfebene steht ein entscheidendes Mitspracherecht bei der Annahme bzw. Ablehnung von Rechtsansprüchen zu.

Die FRA-Umsetzung ist in einem Großteil der Bundesstaaten jedoch bis heute mangelhaft; lokale Forstbehörden unterlaufen oder sabotieren das Gesetz (Sarin/Springate-Baginski 2010). Studien über Andhra Pradesh zeigten schon 2009, dass die Dorfversammlung aller Erwachsenen (gram sabhas), in der eine 1/3-Quote für Frauen gilt, an einem entfernten Ort stattfand. Die erschwerte Partizipation von Frauen führte zu einer geringen Berücksichtigung ihrer spezifischen Belange in dem Entscheidungsgremium (u.a. Nutzung von Nicht-Holz-Produkten) (Ramdas 2009). Zugleich belegt die Studie, dass individuelle Besitzansprüche mehrheitlich im Namen von Frauen eingereicht und positiv beschieden wurden. Die Größe des zugestandenen Waldeigentums betrug allerdings durchschnittlich 1/10 der Forderung und war damit als Existenzgrundlage unzureichend. Somit beinhaltet auch der FRA eine sexistische Stoßrichtung: Die Eingaben von Adivasifrauen wurden mit Minimalresultaten abgegolten, ihre legitimen Forderungen nicht ernst genommen. Ein essentielles Ziel des FRA, Geschlechtergerechtigkeit bei Waldbewohner*innen zu fördern, wird ins Negative verkehrt (Löw 2016).

Seit einigen Jahren lässt sich zudem ein Wandel der Waldgovernance beobachten: Natürliche Ressourcen werden in einer neuen Form für Umwelt- sowie Klimaschutz angeeignet und Frauen im ländlichen Raum ausdrücklich ‚integriert‘ (Ramdas 2009).

Wesentlich ist dafür der vom Ministerium für Wald und Umwelt verantwortete „Nationale Aktionsplan zu Klimawandel“ (2008) mit der dort verankerten *Green India Mission* (GIM) zur Bedeutung von Wäldern für Klimaanpassung. GIM strebt an, 5 Millionen Hektar Wald aufzuforsten, die Einkommen von 3 Millionen waldabhängigen Gemeinschaften, vor allem Frauen⁴, zu erhöhen und bis 2020 jährlich 50-60 Millionen Tonnen CO₂ durch Bäume zu speichern (Government of India 2010). GIM repräsentiert den zentralen institutionellen Mechanismus für Indiens REDD+-Ambitionen: dies ist ein marktförmiges UN-Programm zur „Reduzierung von Emissionen aus Waldzerstörung und Walddegradierung sowie für den Erhalt von Wäldern und die nachhaltige Waldbewirtschaftung“, das Kompensationszahlungen von Industriestaaten für die Absorption von Kohlenstoffausstoß in Entwicklungsländern vorsieht.⁵ Waldabhängige Frauen haben eine Schlüsselrolle inne, denn sie sollen die top down-ausgerichteten REDD+-Projekte ‚on the ground‘ umsetzen.

Studien belegen, dass Adivasifrauen Anreize erhalten, Pongamiabäume zur Biodieselgewinnung auf ihren Feldern für Nahrungsmittel anzubauen, um Emissionszertifikate gegen Klimawandel zu verkaufen (Ramdas 2009). Dies führte zu Mangelernährung und Hunger sowie reduzierter Bodenfruchtbarkeit. Ferner war es den Frauen nicht möglich, auf dem hochgradig volatilen Markt für Klimazertifikate das geplante regelmäßige Einkommen aus dem Verkauf von CO₂-Zertifikaten zu generieren (Löw 2014). Gleichzeitig verkauft oder verpachtet der indische Staat große Gebiete seines Staatswaldes an transnationale Konzerne, die Exportprodukte (Blumen, Cashewkerne, Mango oder Teakholz) produzieren. Durch Enteignung und Vertreibung nötigt er in und von Wäldern lebende Frauen auf kommerziellen Plantagen als Vertragsarbeiterinnen zu arbeiten. Indigene Frauen, die vorher eigenständig Nahrung erzeugten und eine wichtige Stellung in der waldwirtschaftlichen Ökonomie einnahmen, werden zu abhängig Beschäftigten auf Plantagen und üben Tätigkeiten aus, welche ihre ökologischen und landwirtschaftlichen Kenntnisse ignorieren.

Feministische Solidarität für Rechte auf Commons und geschlechtergerechte nachhaltige Lebensweisen

Die neue Waldgovernance ist durch Kommerzialisierung und Inwertsetzung charakterisiert; sie wird durch Verweise auf Umweltschutz und Geschlechtergerechtigkeit legitimiert: REDD+-Maßnahmen, Kohlenstoffspeicherung, Biodieselgewinnung sowie Aufforstungsprojekte versprechen neue Einnahmequellen für den indischen Staat und verkörpern „modernisierte“ Formen von Herrschaft sowie Entrechtung waldabhängiger Gruppen, die eine spezifische Unterdrückung indigener Frauen mit sich bringen. Der Nutzen von Wald, bisher hauptsächlich Holzlieferant, wird erweitert durch seine Funktion als CO₂-Senke und Erbringer von ‚Ökosystemdienstleistungen‘, die eine neue Verwertbarkeit von Umwelt und der Arbeitskraft von Waldbewohnerinnen mit dem Label „grüne Ökonomie“ versprechen. Angelehnt an den „Gender equality as smart economics“-Ansatz der Weltbank sollen ländliche be-

nachteiligte Frauen als Klimazertifikatsverkäuferin, Plantagenarbeiterin oder Biodieselproduzentin in Arbeits-, Kredit- und Technologiemarkte einbezogen werden, ohne die sexistischen Machtstrukturen dieser Märkte zu verändern (Chant/Sweetman 2012). Auch aktuelle Veröffentlichungen der wiedergewählten BJP-Regierung unter Narendra Modi, die Klimaschutz, Strategien gegen Waldzerstörung sowie Abholzung und Berücksichtigung ‚vulnerabler‘ Frauen betonen, deuten darauf hin, dass das Momentum von neoliberalen Governanceformen über Natur, Wälder und Geschlechterverhältnisse aufgenommen wird (CSD 9.7.2019; Ghosh/AIFFM 14.5.2019). Es ist kein Zufall, dass ländliche subalterne Frauen an vorderster Front Widerstand organisieren, mobilisieren und für eine andere geschlechtergerechte nachhaltige Produktions- und Lebensweise streiten. Aus einer dekolonial-feministischen Sicht ist ihre Opposition im Kontext der Ausdehnung von Kapitalinteressen auf natürliche Ressourcen, der Zunahme autoritärer patriarchaler Maßnahmen von Staaten sowie der Instrumentalisierung von Gender und Empowerment zu verorten. Für feministische transnationale Solidarität ist es deshalb nötig, die Kämpfe zum Schutz der Commons im globalen Süden zu unterstützen (Federici 2018) sowie mit feministischen Bewegungen an anderen Orten zu verbinden, ohne Machtverhältnisse, auch zwischen Frauen, auszublenden.

Anmerkungen

- 1 Bis zur Drucklegung hat der indische Supreme Court noch keine Entscheidung veröffentlicht.
- 2 Der Hindi-Begriff für „ursprüngliche Bewohner*innen“ fungiert als positive Selbstbezeichnung; die indische Verfassung spricht von „scheduled tribes“. Ebenfalls geläufig ist „indigene Gruppen“. Es handelt sich um ca. 10% der indischen Staatsangehörigen, die in unterschiedlichen sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Kontexten auf oftmals ressourcenreichen Gebieten leben. Ich verwende Adivasi und indigene Gemeinschaften synonym.
- 3 Als kolonial-rassistisch bezeichne ich Konzepte, die von einer Höherwertigkeit und Überlegenheit der hinduistischen Mehrheitsbevölkerung gegenüber Ureinwohner*innen ausgehen und verwoben sind mit der britischen Kolonialherrschaft, die Macht ebenfalls durch rassistische Verweise auf „barbarische, unzivilisierte Menschengruppen“ begründet. Im heutigen Indien stehen Adivasifrauen oftmals am unteren Ende der sozioökonomischen (hohe Armut, geringes Einkommen, Unterernährung, niedrige Bildung, unzureichende Gesundheitsversorgung), politischen (geringe Partizipation, selten Vertretung in politischen Ämtern) und kulturellen Ökonomien (stereotype Konstruktionen als ungebildet, devot, häufig mit Sexualisierung als unmoralisch und promisk).
- 4 „The Mission acknowledges the crucial role of women in forest conservation, its sustainable use and equitable benefit sharing. The Mission will not only seek greater role of women in planning and execution of various Mission interventions, more importantly, it will engage women in decision making at various level“ (GIM 2010: 5).
- 5 S. <https://www.un-redd.org/> und <https://unredd.net/about/what-is-redd-plus.html>.

Literatur

All India Forum on Forest Movements (AIFFM), 2019: Defend India's forests and forest peoples: Defend Forest Rights Act! 22.2.2019 Press Release. Internet: <https://wrm.org.uy/other-relevant-information/defend-indias-forests-and-forest-peoples-defend-forest-rights-act/> [20-7-2019].

Bhalla, Priyanka, 2016: Gender dynamics in Odisha's Forest Rights Act. In: Carol Colfer/Bimbika Sijapati Basnett/Marlène Elias (Hg.): *Gender and Forests. Climate change, tenure, value chains and emerging issues*. New York, 186-205.

Bose, Purabi/**Arts**, Bas/Han van Dijk, 2012: „Forest governmentality“: A genealogy of subject-making of forest-dependent „scheduled tribes“ in India. In: *Land Use Policy* 29, 664-673.

Campaign for Survival and Dignity (CSD), 2019: Tribals, Forest Dwellers Rise in Protest Across the Country, 6.3.2019. Internet: <https://forestrightsact.com/2019/03/06/tribals-forest-dwellers-rise-in-protest-across-the-country/> [20-7-2019].

Campaign for Survival and Dignity (CSD), 2019: Joint Letter to Modi Govt- Stop Trying to Destroy the Rights of Forest Dwellers, 9.7.2019. <https://forestrightsact.com/2019/07/09/joint-letter-to-modi-govt-stop-trying-to-destroy-the-rights-of-forest-dwellers/> [20-7-2019].

Chant, Sylvia/**Sweetman**, Caroline, 2012: Fixing Women or Fixing the World? Smart Economics, Efficiency Approaches and Gender Equality in Development. In: *Gender and Development* 20, 517-29.

Federici, Silvia, 2018: *Re-enchanting the World. Feminism and the Politics of the Commons*. Oakland.

Ghosh, Soumitra/**All India Forum of Forest Movements (AIFFM)**, 2019: Attempt to Re-Colonize Forests in India. The new Draft Amendments to Indian Forest Act, 14.5.2019. World Rainforest Movement Bulletin 243. Internet: <https://wrm.org.uy/articles-from-the-wrm-bulletin/section1/attempt-to-re-colonize-forests-in-india-the-new-draft-amendments-to-indian-forest-act-2/> [20-7-2019].

Government of India/Ministry of Forests and Environment, 2010: National Mission for a Green India. http://moef.gov.in/wp-content/uploads/2017/08/GIM_Mission-Document-1.pdf [1-8-2019].

Löw, Christine, 2016: Politiken zu Land, Eigentum und Geschlechterverhältnissen im postkolonialen Indien: Kontexte, Kontroversen, Komplexitäten. In: Aram Ziai (Hg.): *Postkoloniale Politikwissenschaft: Theoretische und empirische Zugänge*. Bielefeld, 151-169.

Löw, Christine, 2014: Indigene Frauen in Indien und die Finanzialisierung von Natur: Postkolonial-feministische Interventionen. In: *Journal für Entwicklungspolitik/Austrian Journal of Development Studies*. Schwerpunkt „Financialization of Food, Land, and Nature“, Heft 2, 92-115.

Nandi, Devijt/**All India Forum of Forest Movements (AIFFM)**, 2019: Indigenous Baiga women in India: "Our story should be heard", 11.3.2019. World Rainforest Movement Bulletin 242. Internet: <https://wrm.org.uy/articles-from-the-wrm-bulletin/section1/indigenous-baiga-women-in-india-our-story-should-be-heard/> [20-7-2019].

Ramdas, Sagari, 2009: Women, forest spaces and the law: Transgressing the boundaries. In: *Economic and Political Weekly* 44: 65-73.

Sarin, Madhu/**Springate-Baginski**, Oliver, 2010: India's Forest Rights Act – The anatomy of a necessary but not sufficient institutional reform. Discussion Paper Series, Research Programme Consortium for Improving Institutions for Pro-Poor Growth, University of Manchester No. 45.